

**Einzelpreis 140 Mark.**

In Loda ohne Zustellung monatlich 2800 Mk., mit Zustellung ins Haus wöchentl. 800 Mk., und monatl. 3200 Mk., durch die Post bezogen monatl. in Polen 3200 Mk.

**Anzeigenpreise:**  
Die 7-gespaltene Monoparallelle 200 Mark.  
Wettamen die 4-gespaltene Monoparallelle: 800 Mk., Eingefandnis im totalen Zeile 1000 Mk. für die Kopfzeile; für das Ausland 50%, Zuschlag; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen. — Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

**Lodzer**

# Freie Presse

**Bereitete deutsche Tageszeitung in Polen.**

**Nr. 265**

**Freitag, den 10. November 1922**

**5. Jahrgang.**

**16**

## Senatswahl am 12. November! Jeder Deutsche in Stadt und Land stimmt für Liste

**16**

### Die Juden und der Minderheitenblock in Polen.

Die gebaute Faust, die den Nationaldemokraten, den Feind jeden Fortschritts, in das Gesicht schlägt — der nationale Minderheitenblock in Polen, vereint in sich sämtliche Fremdvölker Polens: Deutsche, Juden, Ukrainer, Russen und Weißrussen. Obwohl die Deutschen, Ukrainer, Russen und Weißrussen angesichts ihrer Vertriebenheit in Parteien dem Block geschlossen angehören, ist das bei den Juden nicht der Fall. Ein bestimmter Teil derselben, und zwar eine verschwindende Minderheit, gehören dem Minderheitenblock nicht an. Die Mehrheit — etwa 90 Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung — sind die eifrigen Förderer des Blocks. Es sind dies die Zionisten, Misrachisten, Orthodoxen, Beobachtungen und der rechte Flügel der Poalei Zionisten. Die Volksparteier, die sogenannten Volkisten, sowie die extremen Arbeiterparteien haben dem Block die Gefolgschaft verweigert. Der Grund der Zurückhaltung ist folgender:

Die kleine Partei der Volkisten, die von Noah Prylucki und dem Abgeordneten Hirschhorn geleitet wird, taucht immer dort auf, wo es gilt, Mandate zu ergattern. Diese Partei hat wohl ein sehr schönes Programm, der geringen Zahl ihrer Mitglieder wegen aber ist es ihr unmöglich etwas Positives zu schaffen. Auf dem flachen Lande ist sie so gut wie völlig unbekannt. Einigen Einfluss besitzt sie lediglich in den drei größten Mittelpunkten des Judentums in Polen: Warschau, Lodz und Wilna. In Warschau sind ihre Organe: der polnisch geschriebene „Nasz Kurjer“ sowie der jüdische „Moment“, in Lodz vertritt ihre Interessen das „Lodzer Volksblatt“, in Wilna „Der Tog“. Die Verhandlungen mit dem Block zerbrachen sich eines einzigen Mandats im Sejm wegen, das der Führer der Juden im Block, Abgeordneter Grünbaum, den Volkisten verweigerte. Diese sondereten sich daher ab und stellten eine eigene Liste — Nummer 20 — auf, die sechs Namen enthielt.

Dieser Verrat der Volkisten am Judentum rief unter der jüdischen Bevölkerung eine gewaltige Empörung hervor, so daß sogar viele Volkisten von der Volkspartei abschwanden und zum Block übertraten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies zum Bankrott der Volkisten führen wird, wie die jüdischen Blockblätter bereits vor den Sejmwahlen schrieben. Dies hat sich durch das Ergebnis der am letzten Sonntag stattgefundenen Sejmwahlen auch zum Teil bereits bewahrheitet, den die Volkisten errangen, weil sie allein aingen nur ein einziges Mandat für Wlodek selbst, und zwar in Warschau, während ihr Verharren im Block ihnen drei oder vier Mandate eingebracht hätte. Es ist nur bedauerlich, daß Dr. Schabak, ein alter Sozialist in Wilna, auf der Liste der Volkisten kandidierte, und seine wertvolle Mitarbeit sowohl für die Volkisten wie für den Minderheitenblock verloren ging.

Was die jüdischen sozialistischen Parteien anbelangt, so werden sie auch sonst unter keinen Umständen mit den Bürgerlichen gemeinsame Sache machen, und zwar aus rein prinzipiellen Gründen nicht. Sie stellen ihre Parteigrundsätze über die Lebensnotwendigkeiten und traten deshalb für sich allein in den Wahlkampf. Die Volksparteier wieder sind um aber wiegenden Teil ehemalige Sozialisten — können also weder mit diesen noch mit den Bürgerlichen gehen. Unter den jüdischen Sozialisten ist ansehnliche der Wahlen außerdem noch eine Spaltung eingetreten. Die Rechte der Poalei Zionisten stimmte für den Block, die Rechte der Bundisten stimmte für eine eigene Liste (Nummer 4) aufgestellt und fiel durch, während die linken Bundisten höchstwahrscheinlich für die Kommunisten (Liste Nummer 6) gestimmt haben. Die linken Poalei Zionisten wollten hinter den Bundisten nicht zurückstehen und stellten gleichfalls eine eigene Liste (Nummer 11) auf, um gleichfalls leer auszugehen. Interessant ist die Tatsache, daß der Führer der Poalei Zionisten Dr. Schipper sich dem Block angeschlossen hatte und von diesem auch auf die Kandidatenliste gesetzt wurde. Auf Verreiben seines Parteigerichts mußte er jedoch seine Kandidatur zurückziehen. Die sozialistischen Juden mußten aus prinzipiellen Gründen (die Orthodoxen und Zionisten dortselbst konnten und können auch weiterhin mit den antisemitischen

Russen und Ukrainern nicht Hand in Hand gehen!) eine eigene Liste (Nummer 17) aufstellen, werden jedoch im Sejm höchstwahrscheinlich in Minderheitsfragen mit dem Block gemeinsame Sache machen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die jüdischen Assimilatoren, die Polen unter den Juden, diesmal gänzliche Zurückhaltung geübt haben. Die ältere Generation ist in das Lager der Polnischen Sozialistischen Partei übergegangen, während die Jugend als „losere Juden“ bei den polnischen Nationaldemokraten Aufnahme fanden.

### Sind wir bankrott?

Der Kralauer „Naprzód“ schreibt, daß die Wahlen in Polen zu einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krise stattgefunden hätten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir wirtschaftlich in den Abgrund des Bankrotts

stürzen und mit immer rascheren Schritten Verhältnissen entgegengehen, wie sie in dem bankrotten Oesterreich und in dem halbverwundeten Rußland Platz gegriffen haben. Die drohenden politischen Folgen für unsere Unabhängigkeit, welche sich aus einer derartigen wirtschaftlichen Katastrophe für uns ergeben können, wenn wir uns nicht zu einer entschlossenen Tat aufraffen, werden nicht lange auf sich warten lassen. Die Teuerung in Polen hat jeglichen Gemeinsinn verloren und breitet sich mit immer rücksichtsloser Gewalt über das ganze Land aus. Der Beamte und Arbeiter senkt unter der Last der Teuerung, und die armen Juden führen ein Dasein eines Bettlers. Es geschieht dies alles in einem Lande, dem es an natürlichen Reichtümern nicht mangelt und das als der Speicher Europas bezeichnet wird. Die politischen Schieber führen die Lebensmittel in Massen aus und führen dafür massenhaft Luxusartikel ein. In einer Zeit, wo die Massen dem Elend preisgegeben sind.

gestrichen und dafür ein allgemeiner Plan für die Neuordnung Europas und zur Wiederherstellung des Handels durchgeführt werden.

### Vorbereitung der deutschen Antwort an die Reparationskommission.

Berlin, 9. November. (Pat.) Wie der „Total-Anzeiger“ meldet, hat die Reichsregierung zwei Denkschriften der ausländischen Valutasachverständigen, die an den Beratungen in Berlin teilgenommen, erhalten. Im Zusammenhang mit diesen Denkschriften ist das Reichsministerium zu weiteren Verhandlungen über die in der Denkschrift berührten Fragen geschritten, um den Inhalt der Antwortnote Deutschlands an die Reparationskommission festzusetzen.

### Englische Zurückweisung der türkischen Forderungen.

Erklärungen des englischen Außenministers. London, 9. November. (Pat.) In einer gestern nachmittag gehaltenen Rede erklärte Lord Curzon, daß derartige Forderungen, wie sie die Türkei in letzter Zeit gestellt habe, auf keinen Fall mehr geübt werden dürften, da sie geradezu eine Herausforderung der Großmächte, besonders Englands, bedeuteten. Die Türken müßten endlich einsehen, daß die Geduld Englands zu Ende sei und daß ein Friede ihnen keine Erleichterung bringen werde. Die Türken müßten sich vor allen Dingen darüber klar werden, daß die Macht Englands und Europas den Fels bilden, an dem ihre Ansprüche möglicherweise zerschellen könnten.

### Konstantinopel nicht mehr Hauptstadt.

Paris, 9. November. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Hohe Pforte ist durch den Gouverneur Nisat Pascha geschlossen worden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß Konstantinopel in Zukunft nicht mehr gesondert sondern wie alle anderen Provinzen behandelt werden solle. Dies bedeutet, daß Konstantinopel nicht mehr als Hauptstadt der Türkei anzusehen sei, sondern Angora.

Paris, 8. November. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel, Nisat Pascha habe den Senat schließen lassen.

Wien, 9. November. (Pat.) Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, steht die Verhängung des Belagerungszustandes über Konstantinopel bevor. Die Alliierten haben bis jetzt hinsichtlich der Entsendung von Hilfstruppen nach Konstantinopel noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Die Frage eventueller humanitärer Erleichterungen nach Konstantinopel bleibt vorläufig noch in der Schwebe, da dieser Plan in alliierten Kreisen auf bedeutenden Widerstand stößt.

### Für eine Teilnahme Polens an der Vansanner Konferenz.

Paris, 9. November. Im Zusammenhang mit der Forderung Belgiens auf Zulassung zur Teilnahme an der Vansanner Konferenz empfiehlt der „Temps“ gleichfalls die Teilnahme Polens, das am Schwarzen Meer sehr interessiert sei. Polen führt seine Waren durch Odesa aus, so daß das Schicksal der Weizen den ihm nicht gleichgültig sein könne. Andererseits sei Polen mit der Türkei durch gemeinsame historische Traditionen verbunden. Polen müsse daher nicht nur zwecks Befriedigung der wirtschaftlichen Fragen an der Konferenz teilnehmen, sondern auch während der politischen Verhandlungen und auch während der Beratungen der Meerengen besonders interessierenden Fragen zum Wort zugelassen werden.

### Rumänien und die Moskauer Abrüstungskonferenz.

In einem Überblick über die Außenpolitik Polens machte der Außenminister Ratuschewski vorgelegte Warschauer Pressevertretern u. a. folgende Mitteilungen: Für die Abrüstungskonferenz in Moskau habe die Sowjetregierung

### Die Kongresswahlen in den Vereinigten Staaten.

#### Eine Niederlage der Republikaner. — Ungünstige Aussichten für Harding.

New York, 9. November. (Pat.) Den letzten Berechnungen zufolge wurden in den Neupräsidentenwahlen 216 Republikaner, 204 Demokraten und 1 Sozialist gewählt. Es fehlen noch Berichte aus 13 Wahlkreisen.

Wien, 9. November. (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Washington: Die Demokraten triumphieren infolge ihres Sieges und sehen darin ein Zeichen, daß Harding bei den nächsten Präsidentenwahlen unterliegen wird, falls er seine Kandidatur aufstellen sollte. In gewissen Kreisen ist man der Ansicht, daß Harding noch vor den nächsten Wahlen zurücktreten wird. Der Hauptgrund zur Niederlage der Republikaner ist — wie die „Neue Freie Presse“ schreibt, — in der Tarifbill zu suchen.

Washington, 9. November. (Pat.) Laut den gestern abend hier veröffentlichten Wahlergebnissen hat die republikanische Mehrheit des Repräsentantenhauses 38 Mandate verloren, die die Demokraten erhalten. Der Wahlsieg der Demokraten, die einen Zuwachs ihrer Mandate zu verzeichnen haben, kann mit dem 1920 von den Republikanern errungenen Wahlsieg verglichen werden. Nur scheint die Niederlage der Republikaner empfindlicher zu sein als die damalige Niederlage der Demokraten. Im Senat haben die Republikaner gegen 5 bis 6 Plätze verloren, werden aber trotzdem noch eine Mehrheit von 12 bis 14 Stimmen besitzen.

### Die Rivalität zwischen Lloyd George und Bonar Law.

London, 9. November. (Pat.) In einer in New Castle gehaltenen Rede erklärte Lloyd George, daß er seinen Standpunkt in der Reparationsfrage bisher nicht geändert habe. Bezüglich der türkischen Frage erklärte Lloyd George, daß er die englischen Fahnen stets verteidigen werde. Falls die Politik Bonar Law eine andere Richtung einschlagen sollte, werde er den Kampf gegen ihn aufnehmen.

London, 9. November. (Pat.) Bonar Law trat in einer längeren Rede den Erklärungen Lloyd Georges und Chamberlains bezüglich der englischen Politik entgegen. Er warf Lloyd George vor, am Vortage der Diskussion die Türkei und Frankreich angegriffen zu haben. Der Premier erklärte weiter, daß er die Schmachung von Völkern, mit denen später verhandelt werden soll, für eine unangebrachte Taktik Lloyd Georges halte. Redner wies darauf hin, daß die gegenwärtige Lage ernst sei, und verteidigte sich gegen die Vorwürfe, die ihm von seinen Lloyd Georges gemacht wurden. Der Standpunkt Lloyd Georges während der letzten Orientreise und seine militärischen Vorbereitungen in Konstantinopel hatten

die Situation nicht gerettet. Zum Schluß seiner Rede erklärte Bonar Law, daß der Schlüssel zur Lösung der Orientfrage nicht in Konstantinopel, sondern in London, Paris und Rom zu suchen sei und daß den leitenden Gedanken der englischen Politik die Ueberzeugung bilden müsse, daß England im Einvernehmen mit den Verbündeten arbeiten müsse. Im entgegengesetzten Falle würde in Europa ein vollständiges Chaos entstehen.

### Die englische Arbeitspartei für Revision der Verträge.

#### Aus dem weltpolitischen Programm der Labour Party.

London, 9. November. Der Sekretär der Fabian Society verlas einen Vortrag des im Wahlkampf bearbeiteten Arbeiterführers Henderson über die Arbeitspartei und die auswärtigen Angelegenheiten. Es heißt darin, es stehe den Staatsmännern, deren Schöpfungen in verschiedenen Friedensverträgen sowie in der internationalen Lage zu Tage träten, schlecht an, die Fähigkeit der Arbeitspartei zum Regieren anzuzweifeln. Die Arbeitspartei sei in ihren Auffassungen und Interessen im wesentlichen international. Die Friedensverträge seien ein Mißerfolg. Das Problem von morgen sei die Abänderung dieser Verträge und die Anwendung der Grundsätze politischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Der Versailler Vertrag gründe sich auf die irtümliche Annahme, daß trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen von einander das wirtschaftliche Leben einiger Länder zerstört werden könne, ohne daß dadurch andere Länder in Mitleidenschaft gezogen würden. Durch die wirtschaftlichen Bestimmungen dieses Vertrages sei das Wirtschaftssystem Deutschlands erschüttert worden: England und andere Länder hätten dadurch einen wertvollen Abnehmer verloren. Zugleich habe man jedoch Deutschland eine Riesenschuld aufzuerlegen, die angesichts der Lage, in die Deutschland durch den Versailler Vertrag gebracht worden sei, seine Leistungsfähigkeit übersteige. Der Vertrag von Sevres sei ein Gegenstück des Versailler Vertrages. Die alliierte Politik im Nahen Osten habe zu einem fast unbegreiflichen Chaos geführt. Henderson erklärte, daß, bevor nicht die Irrtümer und Vorurteile der Friedensverträge weggesetzt seien, keine Hoffnung für Europa bestehe. Es müsse daher ein Apparat für die Revision der durch den Frieden geschaffenen territorialen Änderungen, wo eine solche Revision notwendig sei, geschaffen werden. Deutschland müsse von dem Diktat der Alliierten in seinen nationalen Angelegenheiten befreit werden. Die Reparationsforderungen müßten auf den zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete notwendigen Betrag herabgesetzt werden und die Wiederherstellung, soweit möglich, durch deutsches Material und durch deutsche Arbeit geschehen, wofür eine internationale Anleihe oder mehrere auszugeben und durch Annuitäten, die sich Deutschland zu zahlen verpflichten würde, garantiert werden müßten. Die alliierten Kriegsschulden müßten



den 30 bis. Mts. festgelegt. Bezüglich des Programms seien von polnischer Seite keine Änderungen beabsichtigt. Es ist jedoch ein bedeutungsvolles Ereignis für Polen und das Los der Konferenz eingeleitet, und zwar hat sich die rumänische Regierung an die Warschauer Regierung mit der Bitte gewandt, Rumänien auf dieser Konferenz zu vertreten. Diese Tatsache habe eine desto größere Bedeutung, als auf diese Weise alle mit der Sowjetrepublik grenzenden Staaten Europas auf der Konferenz in Moskau zum ersten Male vertreten sein werden.

## Das Ende der Regierung Pietruschewitsch.

Warschau, 8. November. Infolge des energischen Protestes der polnischen Regierung bei den österreichischen Behörden hat sich die österreichische Regierung bemüht, die sogenannte Regierung Pietruschewitsch die diplomatischen Vorrechte zu entziehen.

## Der Faschismus macht Schule.

Rom, 9. November. (Nat.) Die gesamte italienische Presse bringt die Nachricht, daß aus allen Parteien Italiens zahlreiche Mitglieder austreten und zu den Faschisten übergehen. In Civita Vecchia ist eine ganze sozialistische Genossenschaft und in Viterbo del Liri 4000 kommunistische Arbeiter zu den Faschisten übergegangen.

## Die Festsetzung der Burgenlandgrenze.

Frankfurt, 8. November. Hier tagte eine aus Vertretern der österreichischen und der ungarischen Regierung zusammengesetzte Kommission, um über die entstandenen Grenzstreitigkeiten im Burgenlande zu beraten. Den Vorsitz führte als Unparteiischer der Bürgermeister von Rotterdam Dr. Zimmermann. Die Verhandlungen haben jetzt zu einem Ausgleich geführt, der, wie berichtet wird, den Interessen beider Länder Rechnung trägt.

## Enver Pascha durch Mordhand gefallen.

London, 8. November. „Morningpost“ meldet aus Konstantinopel: Die Familie des früheren Generallieutenants Enver Pascha gibt jetzt in den Konstantinopeler Zeitungen offiziell den Tod Enver Paschas, gefallen durch Mordhände der Generale der Roten Armee, bekannt.

## Ein Appell Nittis an Amerika wegen der Schwarzen Schmach.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti hat im „Base“ neuerlich einen Appell an die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gerichtet, endlich der Schmach ein Ende zu machen, die die Anwesenheit von Regiments am Rhein für die europäische Zivilisation darstellt. Er schreibt u. a.: „Wenn die Deutschen, um das amerikanische Volk zu erniedrigen, in die Städte der atlantischen Küste Negerelemente aus Afrika gebracht und verbracht hätten, daß das amerikanische Volk, um die Gassen der Städte zu befriedigen, diesen amerikanischen Frauen zu liefern hätte, so würde ganz Amerika vor Entsetzen aufgeschrien haben.“ Nitti bemerkt, im Interesse der Zivilisation, der menschlichen Würde, habe er es für richtig, nicht wiederzugeben, was in den von ihm in Deutschland, England und Amerika gesammelten Akten über die Schwarze Schmach erzählt wird. „Der Schrecken der deutschen Frauen trifft unsere Seele. Er ist der furchtbare Wurm, der christlichen Völkern gemacht wird, die angeblich mehrere Jahre für den Triumph der Zivilisation und Gerechtigkeit gekämpft haben. Amerika, das den Sieg errufen hat, darf diesen Zuständen nicht indifferent gegenüberstehen. Seine gewaltige Stimme muß sich gegen die Rückkehr der

Barbarei erheben. Amerika muß uns nicht nur seine ökonomische Suprematie, sondern zugleich auch seine Moral auferlegen, da diese in Europa in gegenseitigem Haß verloren gegangen ist. An den Ufern des Rheins sind viele schreckliche Dinge geschehen. Niemals haben sie aber früher die Gesichter von Nigern gesehen, die aus Afrika gekommen sind, um den zivilisierten Männern der Welt die Rechte des Siegers und den Frauen das Recht der Gewalt aufzulegen, Frauen, die überall durch ihre Erziehung an ihre häuslichen Tugenden in der Welt bekannt sind.“

Nitti schließt seinen erschütternden Mahnruf mit folgenden Worten:

„Wir erwarten, daß Amerika mit aller seiner Energie jene Völker Europas zur Wirklichkeit zurückführt, die so schlechte Schulner und so unerfüllliche Gläubiger sind, jener Völker, die Neger an den Rhein schicken, um Schulden, die nicht zahlen können, hierzu zu zwingen, und die dann ihrerseits, während sie für den Krieg unsanftige Summen wegwerfen, erklären, daß sie weder ihre Schulden, noch selbst die Jinsen ihrer Schulden bezahlen können.“

## Lokales.

Bob, den 10. November 1922.

### Die deutsche Senatswahlversammlung.

Die gestern abend in der Turnhalle in der Jankowstr. 82 stattfindende, eröffnete um 7½ Uhr im Namen des Generalsekretariats der Generalversammlung des Senats Herr Sejmabgeordneter Artur Kronig mit einer Begrüßung der Anwesenden. Zum Vorsitzenden wurde der Spilglaubiger für den Senat der Wojewodschaft Bob, Herr Karl Städt gewählt, der zu Beisitzern die Herren Robert Schwarz und Friedrich Kühnel, zum Schriftführer Herrn Ludwig Kulbicki.

Als erster Redner ergriff Herr Karl Städt das Wort, der ungefähr folgendes anführte:

Meine Damen und Herren!

Es ist ein gewichtiger Anlaß, der uns heutige Bürger Bobens in diesen Tagen in Stadt und Land zusammenführt: nur noch wenige Tage trennen uns von dem bedeutungsvollen Augenblick, da wir zur Urne schreiten werden, um zu bestimmen, daß wir als politisch mündige Bürger dieses Landes gewonnen sind, mit dabei zu sein, wo auch unser ferneres Schicksal entschieden wird.

Ich brauche mich wohl nicht darüber zu verbreiten, warum wir Deutschen unsere Vertreter im Sejm und Senat haben müssen. Haben aus die vergangenen Jahre der Existenz der polnischen Verfassungsgebenden Versammlung doch zur Genüge bewiesen, daß nur eine starke Vertretung der Interessen der in Polen lebenden deutschen Minderheit in der Volksvertretung uns davor bewahren kann, von den chauvinistischen polnischen Parteien verdrängt und geknechtet zu werden.

Unsere Vertreter im Sejm und Senat werden unausgesetzt auf der Wacht unserer Interessen: der deutschen Schule, der deutschen Kirche, der deutschen Sprache und Kultur stehen müssen. Sie werden nicht müde werden dürfen, immer und immer wieder mit allem Nachdruck zu verlangen, daß unsere Gleichberechtigung endlich nicht bloß auf dem Papier zu stehen, sondern den ausübenden Behörden in Fleisch und Blut überzugehen hat.

Deutsche Volksgenossen! Sie haben uns Ihr Vertrauen geschenkt und wollen für uns wie am 5. so auch am 12. Nov. Ihre Stimme abgeben. In uns wird es liegen, dieses Ihr Vertrauen durch angestrengte Arbeit im Dienste unseres Volkstums zu rechtfertigen. Was uns persönlich anbelangt, so erkläre ich, daß es mein eifrigstes Bestreben sein wird, alles daran zu setzen, Sie nicht zu enttäuschen. In der hohen Körperschaft, in die Sie mich entsenden, werde ich stets eingedenk sein, welche hohe Mission ich zu erfüllen habe. Stets werde ich daran denken, daß ich als Vorgesetzter von 2 Millionen Deutschen in Polen gelte, für deren politisches Wohl und Wehe auch ich verantwortlich bin.

Unsere Lösung muß wie am 5. so auch am 12. November und allezeit sein:

Einer für alle, alle für einen!

Die Ausführungen des Redners wurden mit warmem Beifall aufgenommen.

Als zweiter Redner sprach Sejmabgeordneter Artur Kronig. Redner betonte, daß es heute bereits entschieden ist, daß die Reaktion einen außergewöhnlich großen Sieg davongetragen hat. Dies muß der Unangenehmheit der Massen zugeschrieben werden. Selbst Arbeiter und Arbeiterinnen haben in ihrer Verblendung für die Liste der „Chjena“ gestimmt, da sie den leeren Versprechungen Glauben schenken, die auf nationalen Gefühlen aufgebaut waren. Diese Arbeiter werden es erst später erfahren, daß sie mit ihren Stimmen ihre eigenen Verräter in den Sejm hineingeschickt haben. Die Reaktion ist in einer großen Anzahl von Abgeordneten in den Sejm eingezogen, sodaß uns weitere Finsternis und das Grauen des Mittelalters drohe. Der einzige Lichtblick in dieser Finsternis ist der Minderheitenblock, der gleichfalls einen ungeahnten Sieg davongetragen hat und der über 80 bis 90 Abgeordneten verfügt. Im früheren Sejm hatten die Minderheiten im ganzen 17 Vertreter (7 Deutsche und 10 Juden), jetzt dagegen 80—90, sodaß man mit uns wird rechnen und uns als Machtfaktor mit uns wird rechnen müssen. Man wird es jetzt auch im Auslande wissen, daß wir da sind. Die Tatsache, daß wir trotz Behinderung und einer ungerechten Wahlordnung bis jetzt 81 Mandate errungen haben, beweist, daß die Minderheitenfrage in Polen ein Problem ist, über welches man nicht hinweggehen kann, sondern durch gerechte Politik wird lösen müssen. Wir können stolz sein, ein solch prächtiges Resultat bei den Sejmwahlen erreicht zu haben. Denn dadurch muß es nun in unserem Lande für die Minderheiten besser werden, trotz dieses schweren Kampfes. Der nationale Haß muß beseitigt werden. Die in der letzten Zeit von unseren Gegnern verbreiteten Nachrichten, der Minderheitenblock sei reaktionär, ist eine Lüge. In dem Block — so stellt Redner fest — sind alle Wirtschaftsklassen vertreten, sodaß auch alle Arbeiter für ihn stimmen können, da die Arbeiterschaft nunmehr zwei Abgeordnete erhalten hat. Der Arbeiter muß, da er jetzt seine Vertreter besitzt, das Wort halten und vorbehaltlos für den Senat den Stimmzettel mit der Nr. 16 in die Urne legen. Die Ausführungen des Redners wurden beifällig aufgenommen.

Als nächster Redner sprach Sejmabgeordneter August Ulla, der besonders auf die Unangenehmheit, die in manchen Kreisen unserer Bevölkerung bei den Wahlen Platz gegriffen hat. Am kommenden Sonntag sollen wir nun beweisen, daß diese Unangenehmheit nunmehr einer Tatkräft gewichen ist, die uns volle Geltung verschaffen soll. Es ist ungemein wichtig, daß wir Deutschen unsere eigene Vertretung im Senat haben, damit sie dort die Arbeit überwachen, die unsere Abgeordneten im Sejm leisten sollen. Es ist daher Pflicht eines jeden Deutschen, der Liste 16 am Sonntag zum Erfolge zu verhelfen. Vorgelesen dieser oder jener Art müssen auf jeden Fall beiseite gelassen werden, da uns höhere Ziele vorstehen, die erreicht werden müssen. Der aufgestellte Senatskandidat, Herr Städt, hat für die deutsche Sache stets ein warmes Herz gehabt. Er ist daher der Mann, uns in dieser hohen Körperschaft zu vertreten. Herr Städt hat durch seine bisherige Tätigkeit im öffentlichen Leben bewiesen, daß er auch für die Interessen der Arbeiterschaft Verständnis hat, weswegen jetzt bei den Senatswahlen auch der Arbeiter sein Wort halten und für ihn stimmen muß. Redner erzählt ein Erlebnis aus Bobow. In einer dort von Herrn Ulla abgehaltenen Versammlung erklärte einer der Anwesenden, daß er 20 Jahre hindurch bemüht war, ein guter Pole zu sein. Trotzdem habe man ihm stets sein Volkstum und seinen fremdsprachigen Namen vorgehalten und ihn beleidigt, was beweise, daß wir auf dem Wege der Polonisierung keinen Ausgleich erzielen werden. Wir müssen uns daher zusammenschließen und uns selbst achten, beweisen, daß wir am Aufbau des Staates mitarbeiten wollen. Dann erst wird man sich von unserer Loyalität überzeugen und der Verdrößerung steht

nichts im Wege. Die Rede des Herrn Ulla wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Herr Otto Graf sprach über unsere Erfolge bei den Sejmwahlen und betonte, daß man jetzt mit uns wird rechnen müssen. Man muß uns jetzt Gehör schenken. Unsere Erfolge sind moralisch noch viel größer, denn im Wahlbezirk Boby Stadt, Boby Land und Lowicz haben nur wenige Stimmen gefehlt, um weitere Mandate zu erreichen. Redner spricht über die Bauheit der Frau, die nicht den Mut hatte, sich bei den Sejmwahlen zum 21. Lebensjahr zu bekennen. Nun kommt es darauf an, selbst das 30. Lebensjahr zu bekennen. Herr Graf erinnert daran, daß wir im Zeichen des Fortschritts stehen und daher diese Bedenken unserer Sache wegen über Bord werfen müssen, damit wir am Sonntag geschlossen zur Wahlurne schreiten. Auch diese Rede wurde mit Beifall aufgenommen.

In der Diskussion ergriff Herr Jechalle, Arbeiter, das Wort, der gegen den Artikel über den ständigen Arbeitstag in der gestrigen Nummer dieses Blattes Stellung nahm. Redner verlangte Aufklärung darüber, ob es wahr wäre, daß Herr Städt nur aufgestellt wurde, um später zurückzutreten.

Herr Städt erklärte hierauf, daß er gar nicht beabsichtige, die deutsche Sache im Stiche zu lassen. Er werde sein Mandat so lange behalten, wie es ihm die Gesundheit erlaube wird. Eine Abberufung seiner Person könnten nur seine Wähler bewirken. Herr Städt erklärte weiter, daß er sein ganzes Können einsetzen werde, um unserer Sache zur Gerechtigkeit zu verhelfen.

Herr Sejmabgeordneter Ulla bekräftigte diese Worte des Herrn Städt, den er als Ehrenmann kennt und der sein Ehrenwort halten wird, daher können die Wähler mit ruhigem Gewissen für die Liste 16 stimmen.

Herr Graf warnte darauf vor der Liste 14, worauf Herr Robert Schwarz den Männern dankte, die sich um das Gelingen der Wahlbewegung verdient gemacht haben. Die Versammelten bekräftigten diesen Dank durch Erheben von den Sitzen und durch langanhaltenden Beifall.

Hierauf wurde folgende von Herrn Graf eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: Die auf der Versammlung am 9. November im Saale des Sports und Turnvereins anwesenden etwa 1000 Wähler der Stadt Boby drücken dem ihnen vorgestellten Senatskandidaten Karl Städt ihr vollstes Vertrauen aus und versprechen am Sonntag, den 12. v. M., ohne Rücksicht auf Parteigebhörigkeit, zu den Senatswahlen — wie ein Mann — nur für die Liste Nr. 16 zu stimmen.

Nachdem noch Herr Kronig die Anwesenden aufforderte, sich als Vertrauensmänner für die Stimmbezirke zu melden, schloß Herr Städt um 7½ Uhr die Versammlung.

### Die Senatswahlen.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees schreibt uns:

Am Sonnabend, um 5 Uhr nachmittags, findet im Lokale des Generalsekretariats, Rajwadowska 17, eine Informations- und Vertrauensmänner für die Senatswahlen statt. Die Vollmachten der Vertrauensmänner können auch im Laufe des Sonnabends im Generalsekretariat in Empfang genommen werden.

Am Sonnabend, um 7 Uhr abends, findet in der Rajwadowska 17 eine Sitzung der Vertrauensmänner der Deutschen Arbeiterpartei Bobens statt.

Stimmzettel mit der Nr. 16 können täglich im Generalsekretariat, Rajwadowska 17, in der „Sachter Freien Presse“, Petrikauer Str. 88, in der „Neuen Bobyer Zeitung“, Petrikauer Str. 15, in der „Deutschen Selbsthilfe“, Rawitstr. 30, und in der Filiale derselben in der Adrejskistr. abgeholt werden.

Diejenigen Senatswähler, die wegen körperlicher Gebrechlichkeit nicht zu Fuß zur Wahlurne gehen können, werden gebeten, ihre Adressen dem Generalsekretariat mitzuteilen, um mit einem Wagen abgeholt zu werden.

## Konzertschan.

Zweites Konzert A. Nieshdanowa. — Symphoniekonzerte: Walerjan Berdjaew. — Reg. Mirska. — Alfred Höhn.

Das zweite Konzert von Frau A. Nieshdanowa hat keine Überraschungen mehr gebracht und hat sich äußerlich wie innerlich durchaus nicht vom ersten unterschieden. Ein wenig Arien — ein wenig Niedereingang, mit einigen Geigenpoli verbrämt, das ist schon fast die Art von Wohltätigkeitskonzerten. Merkwürdigerweise hat es der Konzertveranstalter nicht für nötig befunden, die vom Geiger vorzutragenden Stücke auf dem Programm abzuzeichnen und damit nur vermehrten Grund zu den obigen Betrachtungen gegeben.

Zur Sache selber muß bemerkt werden, daß das über die Stimme und die vortreffliche Gesangsart der Frau Nieshdanowa anlässlich ihres ersten Auftretens Gesagte auch auf ihr zweites Konzert alle Anwendung findet. Nur, daß ihre Stimme noch frischer klang, die Roloratur noch sauberer und glänzender war. In den von allerlei technischen Schwierigkeiten strobenden Arien aus „Rigoletto“ von Verdi und „Lucia di Lamermoor“ von Donizetti, sowie den Gesangsvariationen von Proch ging diesmal wirklich kein einziger Ton verloren.

Die Künstlerin wurde auch diesmal lebhaft gefeiert.

Die Geigenfoll feierte Herr Stanislaw Friedberg bei. Das „Moto Perpetuum“ von Paganini spielte er mit ausgezeichneter, perlender Finger- und Bogentechnik, das „Adagio“ aus der prächtigen A.-moll-Suite von Sinding mit schönem, sattem Ton. Schade, daß der Künstler kein angeborenes Rhythmusgefühl besitzt. Durch Tempoverzerrungen, wie beim genannten Adagio, das er fast in einem Andantino machte, wurde der wahre Charakter des herrlichen Stückes arg entstellt.

Besonders seine Gewinne durfte sich der Besucher des letzten Sonntagnachmittagskonzertes wohl kaum verzeihen. Glücklicherweise hat die Direktion davon Abstand genommen, den jugendlichen Adam Frydman wieder auftreten zu lassen. Seltsam blieb also nur Frau Reg. Mirska, die mit dem Vortrag der reizvollen und erfindungsreichen Phantasie von Paderewski die Hörer nicht sonderlich beglückte. Denn auch das Klavierspiel dieser Dame, das sich zudem an einem wenig dankbaren Objekt befestigte, wies gar keine Merkmale angereicherter Künstlerkraft auf.

Die in voriger Saison zum Ueberdruß oft gespielte symphonische Suite „Schéhérazade“ von Rimski-Korsakow war das Hauptstück des

Konzertes. Herr Walerjan Berdjaew, der gerade den Werken seiner Gattin eine feinsinniger Interpret ist, hat auch dieser farbenreichen Suite zum Erfolg verholfen. Es muß mit Genugtuung konstatiert werden, daß das sonst an Sonntagen nachlässig spielende Orchester, diesmal aufmerksamer und williger den Anordnungen des Dirigenten folgte.

Das letzte Symphoniekonzert am Montag, wird wohl eins von denjenigen werden, die jeder aufrechte Musikfreund gern in Erinnerung behalten wird. Es war, am es so zu sagen, ein Konzert aus einem Guß. Zwei Werke bloß von Johannes Brahms, aber beides prächtige Exemplare, die ihr Geschlecht rühmen. Es wurde gegeben das Meisters zweite Symphonie in D-dur und dessen Klavierkonzert in B-dur. Ein solches Programm ließe sich wohl kaum denken! Die zweite von Brahms ist die sonnigste und basinsfreudigste unter den vier Geschwistern, wenn auch vielleicht weniger groß angelegt, als die übrigen Symphonien desselben Meisters. Aber wie viele Schönheiten diese Symphonie in sich birgt, weiß nur derjenige, der sich in die reiche Gefühlswelt Gedankenwelt Brahmsens reinzufinden versteht. Wie wunderbar allein ist schon der dritte Satz „Allegretto grazioso“ mit seiner dank-

len und aparten Klangfarbe, die durch Berührung von tiefer Oboe, Klarinette und bei Brahms eine außergewöhnliche Rolle spielenden Waldhornes entsteht!

Herr Walerjan Berdjaew, den wir als Interpreten russischer Werke ganz besonders schätzen, hat sich auch dieser seiner Natur weniger entsprechenden Aufgabe mit gutem Gelingen unterzogen. Mit besonderer Sorgfalt, ja Liebe, hat er jedes einzelne Detail herausgearbeitet und sein angebotener Klangfarben hat in ausgezeichnetster Weise für die richtige Verteilung von Licht und Schatten gesorgt. Seiner Tempopräzision und „feiner“ Brahmse Auffassung (dies bleibt letzten Endes Gefühlsache) konnte ich nicht immer beipflichten. Aber die ganze Aufführung hatte viel Schwung, und es wurde auch viel des Guten geboten.

Das hohe Niveau des Konzertes wurde durch die Mitwirkung von Alfred Höhn ebenfalls eingehalten. Der Künstler spielte das B-dur Konzert in überlegener Weise, technisch wie musikalisch. Aber der nicht geradezu weiche Anschlag und der reichlich trockene Ton des Künstlers blieb den wundervollen Kantilenen des Werkes so manchem schuldig.

Dr. D. Ch.







